

Stellungnahme von Dr. Rainer Rothfuß zur öffentlichen Anhörung der 84. Sitzung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe am 19. Mai 2021 zum Thema „Menschenrechte und Klimakrise“

Menschenrecht auf eine ökologisch intakte Heimat: Internationale Zusammenarbeit für heimatnahe Problemlösungen in Afrika

Zusammenfassung

Die benachbarte Referenzregion Afrika ist mit einem Urbanisierungsgrad von lediglich 43 % der am deutlichsten ländlich geprägte und somit von der Bewahrung eines sozial gerechten Ressourcenzugangs und damit dem Erhalt ländlicher Entwicklungspotenziale am stärksten abhängige Kontinent der Welt. Die mit 3,5 % höchste Verstädterungsrate weltweit weist jedoch zugleich auf Entwicklungsprobleme im ländlichen Raum hin, denen die Bewohner häufig mit Landflucht begegnen. Diese führt wiederum zum Verelendungswachstum vieler Städte, aber auch zunehmend zu internationaler Migration, die zukünftig noch stärker Europa zum Ziel haben könnte. Sich verändernde klimatische Bedingungen stehen dabei in enger Wechselwirkung mit sozioökonomischen und demographischen Entwicklungen sowie mit technologischen Umbrüchen und sich wandelnden Landbesitzstrukturen. Angesichts einer bereits bis 2050 von aktuell 1,3 auf 2,5 Milliarden Menschen anwachsenden afrikanischen Gesamtbevölkerung ist der von intakten ökologischen Systemen und sozialer Gerechtigkeit abhängige kritische Faktor Nahrungsmittelsicherheit evident und bedarf neben verstärkter Familienplanung der besonderen Aufmerksamkeit aller Entwicklungsanstrengungen.

Autochthone Gesellschaften und insbesondere die verstärkt von natürlichen Ressourcen und intakten Ökosystemen abhängigen indigenen Völker haben ein Menschenrecht auf eine ökologisch intakte Heimat, für dessen Wahrung Faktoren, Prozesse und Verantwortlichkeiten von der lokalen bis zur internationalen Ebene ausschlaggebend sein können. Mit der schrittweisen völkerrechtlichen Etablierung der bislang nicht existierenden Schutzkategorie des „Klimaflüchtlings“ wird dabei eher aktuellen Trends im politischen und gesellschaftlichen Diskurs Rechnung getragen als tatsächlich kausalerorientierte Lösungsansätze zu entwickeln. Wie gut sich lokale Bevölkerungsgruppen mit ihren „Livelihood-Strategien“ auf sich verändernde ökologische und klimatische Rahmenbedingungen einstellen können (adaptive Resilienz), ist von vielfältigen Fragen wie Ressourcenzugang, Landbesitzstrukturen, Ausbildungsstand, gesellschaftliche Stabilität und Leistungsfähigkeit staatlicher Strukturen abhängig. Das Menschenrecht auf eine ökologisch intakte Heimat und Lebensgrundlage kann aus dem Blickwinkel humaner, lösungsorientierter Ansätze nicht ersetzt werden durch ein zunehmend diskutiertes „Menschenrecht auf Migration“. Denn dieses löst Probleme nicht ursächlich, sondern verlagert sie räumlich bzw. stellt als internationale Migration nur eine Lösung für die mobileren, da finanziell besser gestellten Gesellschaftsteile dar, wohingegen marginalisierten Gruppen nur die temporäre regionale Flucht bzw. zirkuläre Land-Stadt-Migration oder die dauerhafte Landflucht in Form von Armutsmigration in die rasch wachsenden Slums der Großstädte bleibt.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	1
Bevölkerungswachstum und Ressourcenknappheit in Afrika	2
Menschenrechte und Ressourcenzugang	4
Bedrohte Regionen: Ressourcen sichern, Resilienz steigern	6
Quellen	9

Bevölkerungswachstum und Ressourcenknappheit in Afrika

Neben langfristigen klimatischen Veränderungen, deren Ursachen vielfältiger Natur sind, führen insbesondere **hohe Bevölkerungswachstumsraten**, vor allem in Verbindung mit nicht nachhaltigen und sozial unverträglichen Bewirtschaftungsansätzen einschließlich dem „Land Grabbing“ internationaler Kapitalgesellschaften – teilweise sogar mit Hilfe der deutschen Entwicklungszusammenarbeit¹ –, zur Gefährdung der ökologischen Tragfähigkeit von Regionen für ihre Bewohner. Der UNO-Weltbevölkerungsbericht 2019 prognostiziert nahezu eine Verdoppelung der afrikanischen Bevölkerung von 1,3 auf 2,5 Milliarden Menschen bis 2050, also innerhalb von nur 31 Jahren.² Ein Anwachsen der Bevölkerung um durchschnittlich 38 Millionen Menschen pro Jahr bzw. um über 700.000 Personen pro Woche verursacht bei gleichbleibender Ressourcenausstattung selbst als Einzelfaktor eine **relative Ressourcenverknappung pro Einwohner**. Verschlechtert sich die Ressourcenausstattung bez. der agrarisch nutzbaren Landfläche und der verfügbaren, qualitativ ausreichend hochwertigen Süßwasserreservoirs auch in absoluten Zahlen, so verschärft sich die relative Ressourcenknappheit weiter. Hinzu kommen bei der Frage nach der langfristigen bevölkerungsmäßigen Tragfähigkeitskapazität einer Region die sozioökonomischen und politisch-administrativen Faktoren des Ressourcenzugangs, der Absicherung durch tradiertes Recht bzw. staatliche Landrechtstitel sowie der innergesellschaftlichen wie internationalen Spannungen und Konflikte in der betreffenden Region. Aus diesem **Faktorenkomplex** lässt sich die Verwundbarkeit einer Region und ihrer Bevölkerung sowie indirekt auch die Höhe des Migrationsdrucks abschätzen, der als Folgereaktion auf eine Unterversorgungs- und Konfliktsituation virulent werden kann:

1. Bevölkerungsentwicklung (durch Zuwanderung und / oder natürliches Wachstum);
2. Absolute Ressourcenausstattung (agrarische Nutzflächen, verfügbares Süßwasser etc.);
3. Veränderung der Ressourcenausstattung (positive / negative Veränderungen);
4. Ressourcenzugang, Regelung der Landrechte, Spannungen und Konflikte;
5. Langfristige klimatische und / oder schockartige Veränderungen im Naturhaushalt.

Während **kurzfristig auftretende katastrophentypische Wetterereignisse** zu eindeutig kausal zuordenbaren, meist regionalen bzw. inländischen Flucht- bzw. Migrationsbewegungen führen können, lösen **langfristige klimatische Veränderungen** nur in Verbindung mit weiteren sozioökonomischen Transformationsprozessen Wanderungsbewegungen aus. Gerade der durch langfristige, aber nie durch monokausale Veränderungsprozesse entstehende **Migrationsdruck** äußert sich in erster Linie in verstärkten Land-Stadt-Wanderungen (sogenannte Landflucht). Steigender Migrationsdruck durch sich verschlechternden Ressourcenzugang führt zudem zu internationaler, in erster Linie intraafrikanischer Mobilität. Auch Emigration nach Europa und in andere Weltregionen ist zu erwarten, wenn verminderte Chancen auf Ressourcenzugang individuelle Entwicklungspotenziale im Herkunftsland dauerhaft beschneiden.

Da sich die politische Stabilität angesichts stark wachsender Bevölkerungen und sich zumindest pro Einwohner stark verknappender Ressourcen in den meisten Ländern Afrikas bis 2035 weiter verschlechtern wird, geht der US-amerikanische National Intelligence Council³ von einem für Afrika und indirekt auch für Europa alarmierenden Szenario aus: „Rund 75 bis 250 Millionen Afrikaner werden extremen Wasserstress zu spüren bekommen – die wahrscheinliche Folge sind Massmigrationen“. Laut einer Studie der Weltbank wird diese Entwicklung in den kommenden drei Jahrzehnten bis 2050 rund **86 Millionen „Klimaflüchtlinge“ allein aus Subsahara-Afrika** in Bewegung setzen⁴. Dabei wird

¹ Vgl. German-Foreign-Policy.com 2021

² Vgl. Deutsche Stiftung Weltbevölkerung 2019, S. 6

³ Vgl. 2018, S. 173

⁴ Vgl. World Bank 2018, S. XV

der Begriff des „Klimaflüchtlings“ jedoch wissenschaftlich unscharf eingesetzt, da langfristige Klimaveränderungen nur in Verbindung mit weiteren Faktoren wirtschaftlich motivierte Migrationsbewegungen auslösen können. Völkerrechtlich begründet dies keinen Flüchtlingsstatus.

Als **migrationsverstärkender Prozess** sollte die Problematik der relativen Ressourcenverknappung bei stark wachsender Bevölkerung jedoch nicht unterschätzt werden, zumal insbesondere junge afrikanische Menschen⁵ mit starker gesellschaftlicher Gestaltungskraft das Migrationsgeschehen bestimmen. Heinsohn⁶ geht für 2020 von 250 Millionen, überwiegend aus Afrika in die entwickelte Welt drängenden **migrationswilligen jungen Menschen** zwischen 15 und 29 Jahren aus und von 360 Millionen im Jahr 2050. Doch Umfragewerte aus dem bevölkerungsreichsten Staat Afrikas Nigeria belegen, dass der quantitative Umfang der Gruppe der Migrationswilligen nicht dezidiert auf eine eher zukünftig anzunehmende Klimawandelproblematik zurückgeführt werden kann, sondern vielfältige nationale **sozioökonomische Ursachen** zugrunde liegen müssen: Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Gallup⁷ würden schon heute 48 % aller erwachsenen Nigerianer, also fast 60 Millionen Menschen, emigrieren, wenn sie die Möglichkeit dazu hätten. Nach den Ergebnissen des Global Attitudes Survey 2017 sind sogar 74 % der Nigerianer auswanderungswillig, wenn sie die Mittel zur Verfügung hätten⁸.

Die überwiegend landwirtschaftlich geprägten **ländlichen Räume Afrikas** unterliegen vielfältigen **Prozessen des Strukturwandels**, bei denen klimatische Veränderungen nur eine untergeordnete Rolle spielen. Die für die Mehrzahl der Bewohner relevanten Veränderungen reichen von Rationalisierungsprozessen durch Maschineneinsatz, was den Bedarf an Arbeitskräften drastisch verringert, über die Verdrängung kleinbäuerlicher Strukturen durch mechanisierte Großbetriebe und „Land Grabbing“⁹ seitens externer Kapitalgesellschaften bis hin zur Degradierung natürlicher Ressourcen wie Böden, Weiden, Wälder und Wasser¹⁰. In verschiedenen bevölkerungsreichen Ländern wie etwa Kongo und Nigeria führen **Bürgerkrieg, Verteilungskonflikte und Terrorismus** dazu, dass betroffene Gruppen aus ländlichen Gebieten fliehen. Land-Stadt-Wanderungen sind dabei häufig zirkulär-saisonalen Natur und dienen der Kombination ländlicher und urbaner Livelihood-Strategien. Sie sollten somit als Anpassungsstrategie auf sich verändernde Chancen auf Ressourcenzugang im ländlichen Raum gewertet und entsprechend differenziert developmentpolitisch begleitet werden. Migration vom Land in die Stadt bedeutet häufig keine endgültige Abkehr von ländlichen Einkommensquellen¹¹. Dieser Aspekt erhält auch dadurch besondere Bedeutung, dass die ländlichen Produktionskapazitäten im Hinblick auf die Nahrungsmittelversorgung einer rasch wachsenden Bevölkerung unbedingt erhalten werden müssen.

Viel stärker als langfristige Prozesse klimatischer Veränderungen wird die massive Herausforderung eines **modernisierungsbedingt sinkenden Bedarfs an Arbeitskräften** durch die zunehmende Automatisierung landwirtschaftlicher Produktionsprozesse die Prekarisierung und Verdrängung wachsender Teile der ländlichen Bevölkerung verursachen. Somit ist der ländliche Raum ebenso wie der gesamte Kontinent Afrika von dem sozioökonomischen Strukturproblem betroffen, dass eine

⁵ Die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (vgl. 2018, S. 4) weist für Afrika mit 41% einen 2,5-fach höheren Anteil der unter 15-Jährigen an der Gesamtbevölkerung aus als in Europa. Während der prozentuale Anteil der Jugendlichen durch sinkende Geburtenraten bis 2050 auch in Afrika zurückgehen wird (32%), erhöht sich ihre Gesamtzahl auf rund 800 Millionen und damit auf das sechs- bis siebenfache der Gesamtzahl der Jugendlichen in Europa.

⁶ Vgl. 2019, S. 69

⁷ Vgl. Gallup, 10.12.2018

⁸ Vgl. Pew Research Center 2018, S. 8

⁹ Vgl. Opel 2017 und German-Foreign-Policy.com 2021

¹⁰ Vgl. Rauch et al. 2016, S. 58ff

¹¹ Vgl. Rauch et al. 2016, S. 57

relativ exakt kalkulierbar anwachsende Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 400 Millionen Menschen noch im Jahr 2010 auf 1,2 Milliarden bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts (vgl. Abb. 3) einem arbeitsplatzvernichtenden Modernisierungsprozess in Landwirtschaft und Industrie gegenüber steht.

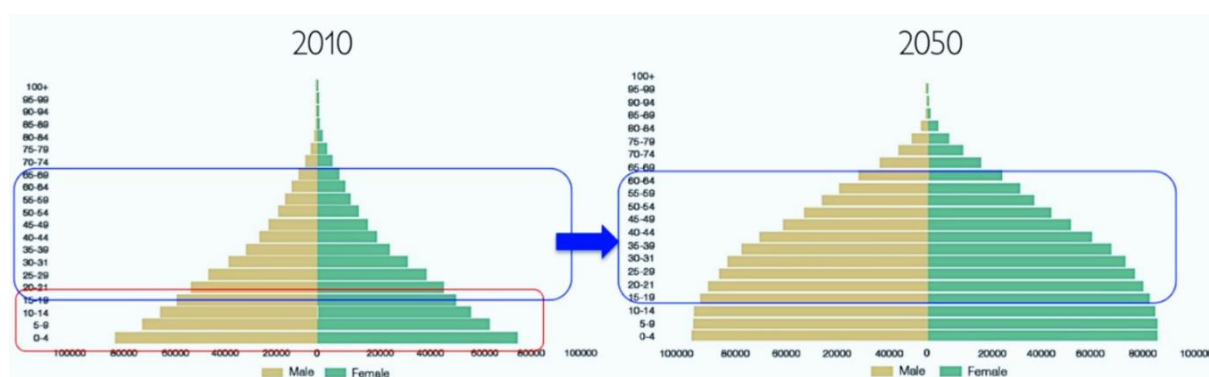


Abb. 1: Demographischer Wandel und Anwachsen der Erwerbsbevölkerung in Afrika 2000 bis 2050 (UN-Habitat 2014a)

Diese mächtigen **Prozesse des Strukturwandels** beeinträchtigen deutlich stärker die Chancen der Bewohner ländlicher Räume auf eine menschenwürdige Teilhabe am Wirtschaftsleben als langfristige klimatische Veränderungen. Bereits 2010 waren 65 % aller Afrikaner im Erwerbsalter auf sehr unsichere und informelle Beschäftigungsverhältnisse angewiesen und nur 24 % konnten auf ein stabiles Arbeitsverhältnis bauen (vgl. UN-Habitat 2014a). Essenziell ist daher, dass **Strategien der Wirtschaftsentwicklung in Afrika**, sei es in ländlichen oder urbanen Räumen, sei es im primären, sekundären oder tertiären Sektor, immer **arbeitsintensiv** angelegt sind. Der Faktor Arbeit bedarf daher eines besonderen Schutzes und einer massiven Förderung durch die Wirtschaftspolitik und im Steuer- und Abgabensystem afrikanischer Regierungen sowie in internationalen Programmen der Entwicklungszusammenarbeit. Insbesondere der breit gefächerte und arbeitsintensive Sektor der **kleinbäuerlichen bis mittelständischen Nahrungsmittelerzeugung und -weiterverarbeitung** sollte im Mittelpunkt internationaler Entwicklungsprogramme stehen um die Nahrungsmittelsicherheit für die stark wachsenden Bevölkerungen Afrikas zu gewährleisten und eine möglichst große Anzahl an Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen.

Menschenrechte und Ressourcenzugang

Auf der Ebene der Vereinten Nationen und Weltbank werden zunehmend **klimatische Veränderungsprozesse**¹² als **Migrations- und Fluchtursachen** diskutiert¹³ und der Versuch unternommen, diese als legitime Ursache für umfangreiche, im Verlauf des 21. Jahrhunderts erwartete Migrations- und Fluchtbewegungen zu etablieren. Vor mehrjährigen regionalen Dürren oder temporären Flutkatastrophen überwiegend regional fliehende Menschen sind ein empirisch belegtes, aber auf vorübergehende Prozesse begrenztes Phänomen. Der Begriff „Klimaflucht“ oder „Klimaflüchtling“ ist keine wissenschaftlich eindeutig abgrenzbare Kategorie. Über Jahrzehnte ablaufende klimatische Veränderungen können im Hinblick auf Migration und Flucht als „**Push-Faktoren**“ kausal nie trennscharf abgegrenzt werden von anderen relevanten Prozessen wie Bevölkerungswachstum, ungerechte Ressourcenverteilung oder die anthropogene, also örtliche, direkt vom Menschen verursachte Natur-

¹² Der wissenschaftliche Terminus „Klima“ bezieht sich auf meteorologische Messreihen von 30 Jahren um Grundcharakteristika und langfristige Veränderungsprozesse zu erfassen und zu beschreiben.

¹³ Vgl. World Bank 2018 und UNO 2015

und Umweltzerstörung in den betreffenden Herkunftsregionen und -ländern¹⁴. Irreführend wäre es zudem, wenn Flüchtlinge beispielsweise aus dem Sahelraum Nigerias zukünftig als „Klimaflüchtlinge“ kategorisiert würden, obwohl sich zugrundeliegende Auseinandersetzungen um Ressourcenzugang in den Regionen Zentral- und Nordnigerias deutlich mit **stärker ideologisch, politisch und religiös konnotierten Konflikten** durch islamistische Terrororganisationen wie Boko Haram oder durch halbnomadische Fulani-Hirten überlagern. Solche Konflikte können sich durch klimatisch bedingte Faktoren wie Wasserknappheit oder Bodendegradation zwar verschärfen, würden aber auch bei unverändertem Klima fortexistieren bzw. sich verschärfen wegen langfristiger Migrationsbewegungen und einem starken Bevölkerungswachstum sowie aufgrund sozialer und kultureller sowie politischer Verwerfungen und Konflikte¹⁵.

Beim Problemkomplex Flucht und Vertreibung verengen der Ende 2018 angenommene **UN-Migrationspakt**¹⁶ und der **UN-Flüchtlingspakt**¹⁷ den Fokus hinsichtlich der Fluchtursachen weitgehend auf den Umweltaspekt. Durch nationales Politikversagen bzw. durch von übermächtigen Konzernen und insbesondere westlichen Staaten verursachte Handelsprobleme¹⁸ oder auch Militärinterventionen wie etwa 2011 in Libyen bleiben unberücksichtigt. So ruft das Kapitel „Prävention und Bekämpfung der tieferen Fluchtursachen“ lediglich zu „engagierten Anstrengungen zur Bekämpfung der tieferen Fluchtursachen“ im Hinblick auf „Klima, Umweltzerstörung und Naturkatastrophen“¹⁹ auf. An acht unterschiedlichen Stellen nimmt der UN-Migrationspakt auf „Klima“ und „Klimawandel“ als Auslöser für Migration Bezug²⁰. Er etabliert damit erstmals rechtfertigend den empirisch nicht stichhaltig nachweisbaren „**Klimaflüchtling**“ bzw. „**Klimamigranten**“ in einem globalen völkerrechtlichen Pakt im Sinne von „Migrationsbewegungen, die etwa durch [...] nachteilige[] Auswirkungen des Klimawandels [...] ausgelöst werden können“ (ebd., S. 12).

Eine Etablierung der Kategorie des „Klimaflüchtlings“ im Völkergewohnheitsrecht und möglicherweise nachfolgende europäische und auch nationale Rechtsprechung, die eine Rückführung nicht Schutzberechtigter in geographisch kaum definierbare „vom Klimawandel betroffene Regionen“ untersagen könnte, hätte angesichts der weiten Verbreitung und der definitorisch kaum abgrenzbaren Problematik klimatischer Veränderungsprozesse eine nicht zu unterschätzende Auswirkung auf zukünftige Migrationsströme aus Afrika ins benachbarte Europa. Aus diesem Grunde ist anstelle des Weges einer Anerkennung von „Klimakrisen“ oder „Klimawandel“ als Fluchtursache der Fokussierung auf Anstrengungen zur **Problemlösung vor Ort durch angemessene Anpassungsstrategien**²¹ der Vorzug zu geben.

¹⁴ Vgl. Rothfuß 2020, S. 89

¹⁵ Vgl. Joseph & Rothfuß 2012; Rothfuß & Joseph 2012 u. 2013

¹⁶ Vgl. UNO 2018a

¹⁷ Vgl. UNO 2018b

¹⁸ Beispielsweise seien hier die Interessenkonflikte um Geflügelexporte aus der EU nach Westafrika genannt, wodurch nationale Märkte verzerrt und lokale Produzenten verdrängt werden bzw. internationale fischereirechtliche Fragen in den atlantischen Küstengewässern Westafrikas, die lokale Fischer benachteiligen.

¹⁹ Vgl. UNO 2018a, S. 3

²⁰ Vgl. UNO 2018a, S. 3; 11; 12; 16; 39

²¹ „To ensure that all persons have the necessary capacity to adapt to climate change“ (UNO 2015, S.2)

Bedrohte Regionen: Ressourcen sichern, Resilienz steigern

Durch das starke natürliche Bevölkerungswachstum geraten einige ländliche Räume bereits an ihre **natürliche Tragfähigkeitsgrenze** und die intergenerationelle Erbteilung landwirtschaftlicher Güter unter Wahrung erforderlicher Mindestbetriebsgrößen gerät an ihre Grenzen bzw. schützenswerte Naturräume geraten durch Expansion der kollektiven Weidehaltung zunehmend unter Erschließungs- und Übernutzungsdruck. Verschärft wird die Situation durch Verdrängungsprozesse durch expandierende **mechanisierte Großbetriebe** und externe Kapitalgesellschaften vor allem aus dem arabischen und asiatischen Raum, die die vergleichsweise günstigen Marktbedingungen und langfristigen Gewinnerwartungen im Bereich landwirtschaftlicher Produktion und Nutzflächen ausnutzen und heimische Kleinbauern verdrängen. In vielen Regionen Afrikas gibt es aber nach wie vor sehr dünn besiedelte Gebiete, die verstärkt kleinbäuerlich genutzt werden könnten. Selbst landwirtschaftliche Grenzertragsflächen können unter Einsatz **ökologisch angepasster Nutzungsmethoden** urbar gemacht werden. Dabei müssen jedoch traditionelle Nutzungsrechte z.B. extensiver Weidewirtschaft berücksichtigt werden, die in der Regel nicht mit amtlichen Grundrechten abgesichert sind.

Im Rahmen der deutschen und europäischen Entwicklungszusammenarbeit sollte den Regionen in Europas Nachbarschaft und auch in weiter entfernten Quellgebieten möglicher klimainduzierter Migration besondere Aufmerksamkeit zuteilwerden. Grundlage aller zu koordinierenden Entwicklungsbemühungen in diesen Räumen sollte eine grundlegende **Erfassung und Kartierung der besonders vulnerablen Gebiete** in einem Geographischen Informationssystem (GIS) sein. In den betroffenen Räumen sollte besonderes Augenmerk darauf gelegt werden, dass Entwicklungsprojekte der Sicherung der natürlichen Ressourcen, insbesondere der agrarischen Nutzflächen und der Reservoirs an Trinkwasser bzw. Bewässerungswasser, einem sozial gerechten Zugang zu diesen Ressourcen zur Absicherung der Livelihood-Strategien der autochthonen Bevölkerung und einer Erschließung neuer Einkommensquellen in diesen Gebieten Rechnung tragen. Der Anbau von Energiepflanzen auf agrarischen Nutzflächen und kapitalintensive, aber arbeitsexensive agroindustrielle Landwirtschaft sollten in diesen Regionen unterbleiben. Autochthones Wissen und Erfahrungen in der Auswahl trockenresistenter Sorten, die Nutzung natürlicher und innovativer Bewässerungstechnologien, die flächenhafte Bepflanzung mit wasserspeichernden und beschattenden Busch- und Baumgehölzen können bei einer koordinierten und umfassenden Anwendung etwa in der Sahelregion mittel- bis langfristig den **Trend zur Desertifikation und Bodenversalzung stoppen und umkehren**.

Wie China in seinem seit über 40 Jahren etablierten, punktuell auch von der GIZ unterstützten²² **Programm der landwirtschaftlichen Urbarmachung von Wüsten und Steppengebieten**²³, sollten auch in Afrika an die regionalen Gegebenheiten angepasste aktive **Anpassungsstrategien** dem regionalen Klimawandel und Ressourcenschwund entgegengesetzt werden. Chinas Programm zur Wüstenbekämpfung umfasst bis 2050 eine Fläche von vier Millionen Quadratkilometern²⁴, während die Fläche der durch Dürpperioden besonders betroffenen Sahel-Region in Afrika insgesamt rund drei Millionen Quadratkilometer umfasst. Erste Schritte in diese Richtung wurden im Sahelraum eingeleitet mit dem kontinentalen Begrünungsprojekt „Great Green Wall“²⁵, das Baumpflanzungen in einem möglichst durchgehenden Gürtel von 15 km Breite und 7.775 km Länge vorsieht um das Vordringen der Sahara nach Süden einzudämmen²⁶. Innovative Ansätze wie das in Algerien experimentell erprobte, aber noch nicht ausreichend erforschte Projekt „Desert Greening“ bedürfen intensiver

²² Vgl. Levin 2005

²³ Vgl. Veste et al. 2006 u. Wang et al. 2013

²⁴ Vgl. Levin 2005

²⁵ Vgl. Bellefontaine et al. 2011

²⁶ Vgl. UN-Habitat 2014b, S. 134f.

Förderung und ggf. Verbreitung²⁷. Selbstverständlich bedarf ein Wüstenbekämpfungsprogramm im Sahelraum deutlich größerer Dimensionen des Mitteleinsatzes und einer konsequenten Abstimmung und Koordinierung der unterschiedlichen Geber um ähnliche Fortschritte in der Umkehrung des Desertifikationsprozesses wie in China zu erzielen. Der finanzielle Aufwand lässt sich jedoch rechtfertigen, wenn er dazu beiträgt die Möglichkeiten zur heimatnahen Einkommenserzielung zu bewahren bzw. auszuweiten und damit letztlich eine massenhafte klimainduzierte Armutsmigration nach Europa samt dort entstehender volkswirtschaftlicher Folgekosten verhindern hilft.

Über die positiven ökologischen Folgewirkungen eines konzertierten Programms zur Wüstenbekämpfung hinaus sollten die Potenziale einer **krissensicheren heimischen Nahrungsmittelversorgung** in der Kosten-Nutzen-Abwägung betrachtet werden. Die rasch anwachsende Bevölkerung Afrikas deutet unter Berücksichtigung der weit verbreiteten periodischen und teilweise auch chronischen Unterernährung (vgl. Abb. 4) angesichts schwindender familiärer Selbstversorgungsstrukturen (traditionelle Subsistenz- und kleinbäuerliche Marktlandwirtschaft) sowie der mangelnden Kaufkraft großer Teile der überproportional stark expandierenden städtischen Bevölkerung auf einen langfristig stark wachsenden Bedarf an regional erzeugten Nahrungsmitteln hin. Die seit Anfang 2020 währende **Corona-Lockdown-Krise** hat die Situation der Nahrungsmittelversorgung nochmals empfindlich verschlechtert²⁸. So zeigen aktuelle Zahlen²⁹, dass 2020 bereits 40,5 Millionen Menschen in 17 Staaten wegen ökonomischer Schocks unter akuter Nahrungsmittelknappheit leiden, während dies 2019 nur bei 23,9 Millionen Menschen in acht Staaten der Fall war. Die Zahl der Hungernden aufgrund extremer Wetterereignisse halbierte sich jedoch im gleichen Zeitraum von 33,7 auf 15,7 Millionen Menschen in nur noch 15 statt 25 Ländern.

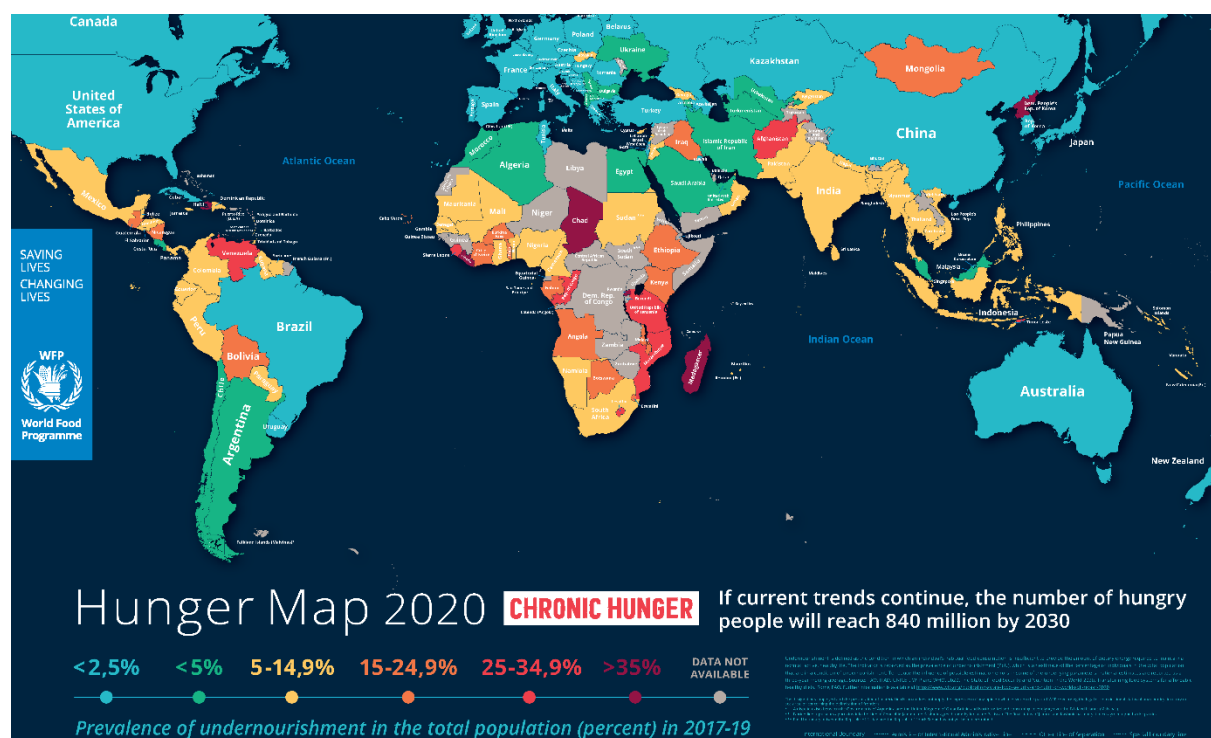


Abb. 2: Weltkarte des chronischen Hungers 2020 (World Food Programme 2020a)

²⁷ Nähere Informationen zum Pilotprojekt in der algerischen Sahara: <https://desert-greening.com>

²⁸ Vgl. World Food Programme 2020b

²⁹ Vgl. World Food Programme 2021, S. 22

Während eine Steigerung der Nahrungsmittelimporte die **Außenhandelsbilanz afrikanischer Staaten** belasten und somit die Kaufkraft der Bevölkerungen reduzieren würde, lassen sich über eine intensiviertere, diversifizierte und expandierte landwirtschaftliche Produktion endogene Ressourcen mobilisieren, die Arbeitsplätze schaffen, das Bruttoinlandsprodukt steigern und zugleich die alles entscheidende Resilienz der Staaten gegenüber Hungerkatastrophen erhöhen und somit die Gefahr gesellschaftlicher und politischer Instabilität und schließlich auch der massenhaften Armutsmigration verringern.

Im Bestreben die Nahrungsmittelautonomie der rasch wachsenden Bevölkerungen der afrikanischen Staaten trotz relativer Ressourcenverknappung zu steigern sollten angesichts hoher Verstädterungsraten auch die bislang nicht ausreichend erschlossenen **Potenziale der Nahrungsmittelproduktion im städtischen Raum** berücksichtigt werden. Große Teile der urbanen Bevölkerung leben in Slums (in Subsahara-Afrika sind es 62 %³⁰), die typischerweise flächenhaft sehr weit ins Umland ausgreifen („Urban Sprawl“). Diese Siedlungsstrukturen geringer Dichte stellen ein großes Problem für die effiziente Versorgung mit Infrastruktur und sozialen Diensten dar, bergen aber zumindest Chancen für eine verstärkte Förderung flächenintensiver landwirtschaftlicher Subsistenzwirtschaft im Kleinstmaßstab. Entsprechende Förder- und Beratungsprogramme sowie kleinstrukturierte Vertriebswege sollten ausgebaut werden. Innovative und ressourcenschonende Produktionsmethoden wie die **Aquaponik**³¹ sollten umgehend weiter erforscht und durch entwicklungspolitische Ausbildungsinitiativen und Kleinunternehmerförderung einschließlich Mikrokreditvergabe verbreitet werden. Gerade die Aquaponik ist geeignet in heißeren Klimaten bei sehr geringem Wasserbedarf eine intensive Produktion hochwertiger Eiweiße und ernährungstechnisch wertvoller vitaminreicher Pflanzen zu gewährleisten und damit auch klimatisch bedingte Engpässe in der Nahrungsmittelproduktion nachhaltig und langfristig wirksam abzubauen.

Der vergleichsweise geringe Ausbaustand der **Verkehrs- und Energieversorgungsinfrastruktur** limitiert die Erschließung ländlicher Entwicklungspotenziale wie auch die Möglichkeiten des intraafrikanischen Handels, etwa im Rahmen der 2019 geschaffenen pan-afrikanischen Freihandelszone AfCFTA („African Continental Free Trade Area“) der Afrikanischen Union (AU). Dieser beträgt bislang nur 16 % des gesamten Handelsvolumens, während der intraregionale Handel in Europa 68% ausmacht³². Während sich China im Rahmen der „One Belt One Road“-Initiative (OBOR bzw. „Neue Seidenstraße“) seit Jahren stark im Ausbau großräumig verbindender Verkehrsinfrastruktur engagiert, sollten insbesondere die **Stadt-Land-Verbindungen** verbessert werden, um für regional erzeugte landwirtschaftliche Produkte erreichbare Märkte zu schaffen. Gerade die großen Agglomerationsräume Afrikas sind häufig besser an die globalen Verkehrsnetze als an ihr nationales Hinterland angebunden, wodurch Marktpotenziale für die heimische Landwirtschaft und Möglichkeiten für eine arbeitsplatzintensive Wertschöpfung verloren gehen.

³⁰ Vgl. UN-Habitat, 2014a

³¹ Fischzucht („Aquakultur“) und Pflanzenzucht in Substrat und Nährlösungen („Hydroponik“) werden in einem geschlossenen Wasser- und Nährstoffkreislauf kombiniert, was hohe Erträge bei geringem Wasser- und Flächenbedarf bei marktnaher Produktion auch in urbanen Räumen ermöglicht.

³² Vgl. BMWi, 03.09.2019

Quellen

- Bellefontaine, Ronald; Bernoux, Martial; Bonnet, Bernard; Cornet, Antoine; Cudennec, Christophe; D’Aquino, Patrick; Droy, Isabelle; Jauffret, Sandrine; Leroy, Maya; Malagnoux, Michel; Réquier-Desjardins, Mélanie (2011): The African Great Green Wall project. What advice can scientists provide? CSFD Topic Briefs 02-2011 [https://agritrop.cirad.fr/567882/1/document_567882.pdf; 17.05.2021]
- BMWi (03.09.2019): Die pan-afrikanische Freihandelszone AfCFTA – der Weg zu einem integrierten, aufstrebenden und friedlicheren Afrika? [www.bmwi.de/Redaktion/DE/Schlaglichter-der-Wirtschaftspolitik/2019/09/kapitel-1-6-pan-afrikanische-freihandelszone.html; 09.12.2020]
- Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (2018): Soziale und demografische Daten weltweit: DSW-Datenreport 2018. Hannover: DSW [<https://docplayer.org/103043222-Soziale-und-demografische-daten-weltweit-dsw-datenreport-2018.html>; 17.05.2021]
- Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (2019): Soziale und demografische Daten weltweit: DSW-Datenreport 2019. Hannover: DSW [www.dsw.org/wp-content/uploads/2019/12/DSW-Datenreport-2019.pdf; 17.05.2021]
- Gallup (2018): More Than 750 Million Worldwide Would Migrate If They Could. [<https://news.gallup.com/poll/245255/750-million-worldwide-migrate.aspx>; 17.05.2021]
- German-Foreign-Policy.com (2021): Entwicklungshilfe beim Landraub. Die deutsche Entwicklungshilfe fördert Land Grabbing in Entwicklungsländern und nimmt faktisch die Vertreibung von Kleinbauern in Kauf. [www.german-foreign-policy.com/news/detail/8596; 17.05.2021]
- Heinsohn, Gunnar (2019): Wettkampf um die Klugen. Kompetenz, Bildung und die Wohlfahrt der Nationen. Zürich: Orell Füssli
- Joseph, Yakubu & Rainer Rothfuß (2012): Threats to religious freedom in Nigeria: Analysis of a complex scenario. In: International Journal for Religious Freedom, 5 (1), S. 73-85
- Levin, Elius (2005): Growing China’s great green wall. Ecos Magazine, 32 (127) [www.ecosmagazine.com/?act=view_file&file_id=EC127p13.pdf; 17.05.2005]
- National Intelligence Council (2018) Die Welt im Jahr 2035: Gesehen von der CIA und dem National Intelligence Council. Das Paradox des Fortschritts. München: C.H. Beck
- Opel, Anna (2017): Ausländische Agrarinvestitionen – „Land Grabbing“ im Spannungsfeld zwischen Menschenrechtsschutz und Investitionsschutzrecht. In: MenschenRechtsMagazin 22 (1), S. 31-41 [https://publishup.uni-potsdam.de/opus4-ubp/frontdoor/deliver/index/docId/40543/file/mrm22_01_31-41.pdf; 17.05.2021]
- Pew Research Center (2018): At Least a Million Sub-Saharan Africans Moved to Europe Since 2010. Connor, Phillip [www.pewresearch.org/global/wp-content/uploads/sites/2/2018/03/Africa-Migration-March-22-FULL-REPORT.pdf; 17.05.2021]
- Rauch, Theo; Beckmann, Gabriele; Neubert, Susanne & Simone Rettberg (2016): Ländlicher Strukturwandel in Subsahara Afrika. Konzeptionelle Studie. In: Seminar für Ländliche Entwicklung Berlin – SLE Discussion Paper Nr. 01 [www.sle-berlin.de/files/SLE%20Discussion%20Paper%2001-Strukturwandel%20mit%20Cover.pdf; 17.05.2021]
- Rothfuß, Rainer & Yakubu Joseph (2012): Nigeria im Fokus des globalen Dschihad: Zersplitterung in religiöse Herrschafts- und Angsträume. In: Schirmacher, Thomas; Klingberg, Max & Ron Kubsch (2012): Märtyrer 2012. Das Jahrbuch zur Christenverfolgung heute. Bonn: Verlag für Kultur und Wissenschaft, S. 136-148
- Rothfuß, Rainer & Yakubu Joseph (2013): Geographien religiös begründeter Unterdrückung: Historische Wurzeln und aktuelle Ausprägungen islamistischer Gewalt in Nordnigeria. In: Schirmacher, Thomas; Klingberg, Max & Ron Kubsch (2013): Das Jahrbuch zur Verfolgung und Diskriminierung von Christen heute - 2013. Reihe: Studien zur Religionsfreiheit, Bd. 22, Bonn: Verlag für Kultur und Wissenschaft, S. 145-169

- Rothfuß, Rainer (2020): Wege aus der Migrationskrise. Leitlinien für ein exterritoriales Schutz- und Entwicklungskonzept und eine Remigrationsagenda für Europa. Fraktion Identität & Demokratie im Europäischen Parlament. Brüssel, Bad Schussenried: Gerhard Hess Verlag.
- UN-HABITAT (2014): The State of African Cities: Re-imagining sustainable urban transitions. [<https://unhabitat.org/state-of-african-cities-2014-re-imagining-sustainable-urban-transitions>; 17.05.2021]
- UNO (2015): Understanding Human Rights and Climate Change. Office of the High Commissioner for Human Rights; 21st Conference of the Parties to the United Nations Framework Convention on Climate Change [www.ohchr.org/Documents/Issues/ClimateChange/COP21.pdf; 17.05.2021]
- UNO (2018a): Globaler Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration. Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 19. Dezember 2018, A/RES/73/195. New York: VN [www.un.org/depts/german/gv-73/band1/ar73195.pdf; 17.05.2021]
- UNO (2018b): Globaler Pakt für Flüchtlinge. Bericht des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen. Generalversammlung, Offizielles Protokoll, 73. Tagung, Beil. 12, A/73/12, Teil 2. New York: UNHCR [www.unhcr.org/dach/wp-content/uploads/sites/27/2018/11/GCR_final_GER.pdf; 17.05.2021]
- Veste, Maik; Gao, Jiarong; Sun, Baoping & Siegmund W. Breckle (2006): The Green Great Wall – Combating Desertification in China. Geographische Rundschau International Edition, 2 (3), S. 14-20 [www.researchgate.net/publication/235695664_The_Green_Great_Wall_-_Combating_Desertification_in_China; 17.05.2021]
- Wang, Feng; Pan, Xubin; Wang, Dongfang; Shen, Chongyang & Qi Lu (2013): Combating desertification in China: Past, present and future. In: Land Use Policy, 31 (3), S. 311-313 [www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S0264837712001342?via%3Dihub; 17.05.2021]
- World Bank (2018): Groundswell: Preparing for Internal Climate Migration [<https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/29461>; 17.05.2021]
- World Food Programme (2020a): Hunger Map 2020: Chronic Hunger [<https://docs.wfp.org/api/documents/WFP-0000118395/download>; 17.05.2021]
- World Food Programme (2020b): 2020 Global Report on Food Crises: Joint Analysis for Better Decisions. September 2020 Update: In times of COVID-19 [<https://docs.wfp.org/api/documents/WFP-0000119673/download>; 17.05.2021]
- World Food Programme (2021): 2021 Global Report on Food Crises: Joint Analysis for Better Decisions [<https://docs.wfp.org/api/documents/WFP-0000127343/download>; 17.05.2021]